

Kein typischer Medienskandal

Die Gründe für den Rücktritt des Aargauer Grünen-Nationalrats Jonas Fricker sind nicht in der Medienberichterstattung zu suchen, sondern in seinem Skandalmanagement und bei seiner Partei.

Von Dennis Bühler*

«Sie kennen die Bilder, ja sogar die Dokumentarfilme aus Europa, die die unsäglichste Massentierhaltung belegen – Transporte in den sicheren Tod. Als ich das letzte Mal so eine Dokumentation von Transporten von Schweinen gesehen habe, sind mir unweigerlich die Bilder der Massendeportation nach Auschwitz aus dem Film ‚Schindlers Liste‘ hochgekommen. Ich kann nichts dafür, das ist einfach so passiert. Die Menschen, die dort deportiert wurden, hatten eine kleine Chance, zu überleben. Die Schweine, die fahren in den sicheren Tod.»

Am Anfang standen obige Worte Jonas Frickers, vorgetragen vor acht Tagen am Rednerpult des Nationalratssaals während einer belanglosen, langweiligen Debatte über eine chancenlose Volksinitiative der Grünen Partei. Eine dämliche Äusserung, eine Verharmlosung des Holocausts – darüber braucht man nicht zu diskutieren. Böartig gemeint allerdings war Frickers Vergleich nicht. Es ging ihm nicht darum, Menschen zu entwürdigen, Juden auf die Stufe von Schweinen herabzusetzen. Wenn, dann meinte er es umgekehrt: Er wollte Schweine aufwerten. Eine Frage der Perspektive? Vielleicht. So oder so bleibt seine Aussage naiv, dumm und skandalös.

Die Empörungsmaschinerie sprang an. Der «Talk Scandal» erster Ordnung¹ – eine mündliche Äusserung einer öffentlichen Person, die medial skandalisiert wird – mündete nicht einmal zwei Tage später im Rücktritt des Politikers. Manche hielten diesen für «unausweichlich»², andere für «fragwürdig»³ oder «übertrieben»⁴.

Was führte zum schnellen Ende? Und inwiefern unterscheidet sich die «Affäre Fricker» von typischen Medienskandalen (worunter nicht das Mediensystem betreffende Skandale verstanden werden, sondern Skandale, die erst durch die Medienberichterstattung öffentliche Empörung wecken)? Von diesen Fragen handeln die folgenden Zeilen.

1. Die mediale Berichterstattung

Die «Affäre Fricker» ist kein typischer Medienskandal: Zwar erschienen heute vor einer Woche – am Tag nach Frickers skandalisierten Äusserungen – immerhin 38 Artikel über den Vorfall in den Schweizer Medien. Die meisten Zeitungen aber gewichteten ihn tief: Der «Tages-Anzeiger» publizierte einen Zweispalter am unteren Zeitungsrand einer linksliegenden Seite; die NZZ, «20 Minuten», die «Basler Zeitung», das «St.Galler Tagblatt» und die «Luzerner Zeitung» beschränkten sich auf einen Einspalter; die meisten anderen Zeitungen publizierten nur eine kurze Meldung oder gar nichts. Einzig der «Blick» und die «Nordwestschweiz», aus deren Einzugsgebiet der Aargauer Nationalrat Fricker stammt, berichteten auf der Frontseite über die Entgleisung.

Die Boulevardzeitung tat es aggressiv: «Auschwitz-Skandal im Bundeshaus»⁵, titelte

¹ Ekström, Mats & Johansson, Bengt (2008): «Talk scandals». In: Media, Culture & Society. Vol. 30 (1): 61-79.

² Habegger, Henry: «Kein Platz für Verharmloser». In: «Aargauer Zeitung» vom 2. Oktober 2017, S. 1.

³ Scherrer, Lucien: «Fragwürdiger Abgang». In: «Neue Zürcher Zeitung» vom 4. Oktober 2017, S. 11.

⁴ Eisenegger, Mark (im Interview mit Camilla Alabor): «Das ist ein Armutzeugnis für unsere Gesellschaft». In: «Tages-Anzeiger» vom 3. Oktober 2017, S. 7.

⁵ Faki, Sermin & Ley, Thomas: «Auschwitz-Skandal im Bundeshaus». In: «Blick» vom 29. September 2017, S. 1.

sie in grossen Lettern. Zwei Seiten weiter hinten ging Chefredaktor Andreas Dietrich mit Fricker hart ins Gericht⁶: «Kein Homo sapiens mit intaktem ethischem Kompass vergleicht Juden mit Schweinen», schrieb er. Man frage sich, wie ein derart naiver Politiker ernst zu nehmende Politik machen wolle. Die Quintessenz: Fricker hat seine politische Zukunft verwirkt. Schon am nächsten Tag aber ebte die Empörung ab. Die «Affäre Fricker» war dem «Blick» nun nur noch einen kleinen Bericht wert. In «Grund und Boden»⁷ geschrieben wurde Fricker nicht, auch wenn die «Tages-Anzeiger»-Bundeshausredaktorin Camilla Alabor in einem sonst sehr gelungenen Kommentar eben dies behauptete.

Die «Nordwestschweiz» berichtete am Tag nach der skandalisierten Rede ausführlich, urteilte jedoch differenzierter als der «Blick»: Zwar bezeichnete auch sie Frickers Vergleich als «inakzeptablen»⁸ «Fauxpas»⁹, doch kommentierte die Inlandchefin Doris Kleck: «Fricker ist mit Bestimmtheit kein Antisemit. Sein mea culpa wirkt glaubwürdig.»¹⁰ Eine Rücktrittsforderung erhob das Blatt weder ex- noch implizit.

Kurzum: Insgesamt hielt sich die mediale Skandalisierung in engen Grenzen. Von «Hinrichtungsjournalismus»¹¹ (Otto Graf Lambsdorff) oder «Kloakenjournalismus»¹² (Helmut Kohl) keine Spur. Die Medien veranstalteten keine Treibjagd.

2. Der Skandalverlauf und die Moral

Mediale Skandalisierungen verlaufen gewöhnlich in Phasen, die an den Spannungsaufbau von Theaterstücken erinnern: Zuerst wird der Protagonist bekanntgemacht; dann folgt das für die Skandalisierung ausschlag-

gebende Schlüsselereignis; danach werden der Skandalisierte und die Repräsentanten der vom Skandal betroffenen Systeme angehört und das angeprangerte Verhalten am öffentlichen Moralkodex gemessen und bewertet; schliesslich wird über Schuld und Unschuld des Skandalisierten gerichtet, bevor die erhitzte Medienöffentlichkeit in ihren Normalzustand zurückkommt und der Skandalisierte mit dem Wiederaufbau seiner zerstörten Reputation beginnt.

Der «Fall Fricker» weicht in mehrfacher Hinsicht von diesem typischen Verlauf ab. So war Fricker von den Medien seit seiner Wahl in den Nationalrat zwar als Umweltperte und «präziser Schnelldenker»¹³ (Fricker über Fricker) beschrieben worden, doch war er kein Politstar, sondern eher ein «Hinterbänkler». Der breiten Öffentlichkeit ausserhalb des Kantons Aargau dürfte er kaum bekannt gewesen sein, seine Reputation war nicht speziell hoch, er stand nicht stellvertretend für die gesamte Grüne Partei. Als zu Skandalisierender war er damit bestenfalls mässig geeignet.

Um sein Verhalten von verschiedenen Vertretern der Subsysteme moralisch bewerten zu lassen, in denen sich Fricker bewegt oder die besonders betroffen sind – etwa die Klasse politique, die Grüne Partei, die Tiereschützer, die jüdische Gemeinschaft –, blieb schlicht zu wenig Zeit. Das Tempo der «Affäre Fricker» war viel höher als bei herkömmlichen Medienskandalen: Nur gerade 56 Stunden nach seinem Auftritt am Rednerpult des Nationalratsaals trat Fricker zurück. Entsprechend wurde der Fall erst im Zuge der medialen Nachbearbeitung wirklich interessant. Erst jetzt entstand ein publizistischer Konflikt: Die «Weltwoche» warf dem «Blick» vor, Fricker einer Sau gleich durchs Dorf getrieben zu haben¹⁴, der «Tages-Anzeiger» mokierte sich über die «moralische Überlegenheit»¹⁵ der Boulevardzeitung.

⁶ Dietrich, Andreas: «Das Wort beim Wort nehmen». In: «Blick» vom 29. September 2017, S. 3.

⁷ Alabor, Camilla: «Boulevard triumphiert, Bürger verliert». In: «Tages-Anzeiger» vom 4. Oktober 2017.

⁸ Kleck, Doris: «Inakzeptabel». In: «Aargauer Zeitung» vom 29. September 2017.

⁹ Bühler, Dennis & Kramer, Pirmin & Rupf, Martin: «Grünen-Nationalrat entschuldigt sich nach Auschwitz-Vergleich». In: «Aargauer Zeitung» vom 29. September 2017.

¹⁰ Kleck, Doris: «Inakzeptabel». In: «Aargauer Zeitung» vom 29. September 2017.

¹¹ Der frühere FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff bezeichnete so die «Spiegel»-Veröffentlichungen zur «Flick-Affäre» im Jahr 1982.

¹² Bundeskanzler Helmut Kohl bezeichnete so 1985 Enthüllungen mehrerer Medien in der «CDU-Spendenaffäre».

¹³ Rupf, Martin: «'Ich bin ein präziser Schnelldenker'». In: «Aargauer Zeitung» vom 22. Oktober 2015, S. 31.

¹⁴ Bandle, Rico: «Sind Tiere die besseren Menschen?» In: «Weltwoche» vom 5. Oktober 2017.

¹⁵ Alabor, Camilla: «Boulevard triumphiert, Bürger verliert». In: «Tages-Anzeiger» vom 4. Oktober 2017.

Trotz der hohen Geschwindigkeit handelte es sich aber auch nicht um einen «entfesselten Skandal»¹⁶, wie ihn die Tübinger Forscher Bernhard Pörksen und Hanne Detel vor fünf Jahren als neuen Skandaltypus identifizierten: Es waren nicht viele Einzelne, die sich online zur publizistischen Grossmacht vereinten, ihrer Empörung in den sozialen Netzwerken öffentlich Luft verschafften und Fricker so vor sich hertrieben. Taktgeber der Skandalisierung war weder das Publikum noch die Medienöffentlichkeit. Die Taktgeber sassen in der Grünen Partei.

3. Der fehlende Rückhalt

Die Parteispitze distanzierte sich unverzüglich und unmissverständlich von Frickers Aussagen. «Ich war konsterniert und schockiert, als ich Jonas Fricker sprechen hörte», sagte Präsidentin Regula Rytz. «Ein solcher Vergleich widerspricht den Grundwerten unserer Partei fundamental.»¹⁷ Fraktionschef Balthasar Glättli hielt fest: «Der Vergleich ist inakzeptabel, wir verurteilen seine Aussage ohne Wenn und Aber.»¹⁸

Dass sich die Parteispitze dezidiert von der Aussage Frickers distanzierte, war zwingend. Nur so konnte sie verhindern, dass die Skandalisierung auf sie übergreift. Nicht nur unnötig, sondern geradezu hinterhältig allerdings war, dass Grüne Politiker nicht nur Frickers Worte weit von sich wiesen, sondern sich auch wortgewaltig von seiner Person distanzieren. So sagte alt Nationalrat und Historiker Jo Lang, Frickers Aussagen seien «viel zu schwerwiegend, als dass man sich dafür einfach so lapidar entschuldigen» könne. Die Grünen wollten «kein Mitglied, das solch schlimmste Vergleiche macht und sie dann nicht einmal richtig klarstellt. Darum ist die letzte Konsequenz ein Ausschluss aus unserer Partei.»¹⁹ Ebenfalls auf den Mann zielte die frühere Aargauer Regierungsrätin Susanne Hochuli, die in ihrer Kolumne in der «Sonntagszeitung» eine Ver-

¹⁶ Pörksen, Bernhard & Detel, Hanne (2012): Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter. Köln: Halem.

¹⁷ Bühler, Dennis & Kramer, Pirmin & Rupf, Martin: «Grünen-Nationalrat redet sich um Kopf und Kragen». In: Aargauer Zeitung vom 29. September 2017, S. 2.

¹⁸ ebd.

¹⁹ Venafro, Cinzia: «Skandal-Grüner duckt sich weg – und kommt unter Druck». In: «Blick» vom 30. September 2017, S. 3.

bindung zur rechtspopulistischen deutschen Partei AfD herstellte, die ebenfalls unentschuldbare, «unsägliche Aussagen»²⁰ von sich gebe.

Auch von seiner eigenen Kantonalpartei wurde Fricker zum Abschluss freigegeben. Die Aargauer Grossrätin Irène Kälin, die nun pikanterweise Frickers Nationalratssitz erbt, sagte: «Das darf einem Nationalrat einfach nicht passieren.» Zwar glaube sie, dass die Aussagen auf Naivität beruhten. «Aber das macht es selbstverständlich nicht besser. Natürlich passieren jedem Politiker mal Fehler. Doch es gibt Äusserungen, die nicht so leicht verzeihbar sind.»²¹ Grünen-Chef Daniel Hölzle gab freimütig zu, Fricker zum Rücktritt gedrängt zu haben. «Als Präsident habe ich Jonas Fricker die möglichen Gefahren aufgezeigt für ihn und für die Partei, wenn man nicht handle», sagte er. «Nach Einschätzung der Situation habe ich ihm gesagt, dass ein Rücktritt wahrscheinlich die beste Lösung ist.»²²

Nicht einmal jene, die es hätten besser wissen müssen, verteidigten Fricker gegen den Vorwurf, er trage antisemitisches Gedankengut in sich. Dabei beweist seine Mitgliedschaft im Patronatskomitee des Vereins «Doppeltür», der an die gemeinsame jüdisch-christliche Vergangenheit der beiden Aargauer Gemeinden Endingen und Lengnau erinnert, wohl am besten, dass er dies nicht tut. Trotzdem liess sich Jules Bloch, Vorstandsmitglied des Vereins, im «Blick» wie folgt zitieren: «Eine Katastrophe ist das, eines Nationalrats unwürdig. So einen brauchen wir nicht.» Und Vereinspräsident Lukas Keller kündigte an, an der nächsten Vorstandssitzung zu besprechen, ob Fricker noch tragbar sei.

So war der grüne Badener Stadtammann Geri Müller der einzige, der sich zwar von Frickers Äusserungen distanzierte, den Skandalisierten aber auch in Schutz nahm. Er schliesse aus, dass die Aussagen antisemitischen Hintergrund hätten, sagte er. «Nie hat

²⁰ Hochuli, Susanne: «Die Gruselgalerie alternder Männer». In: «Sonntagszeitung» vom 1. Oktober 2017, S. 21.

²¹ Bühler, Dennis & Kramer, Pirmin & Rupf, Martin: «Grünen-Nationalrat redet sich um Kopf und Kragen». In: Aargauer Zeitung vom 29. September 2017, S. 2.

²² Cavalli, Rolf: «Ich habe Jonas Fricker die Gefahren aufgezeigt». In: «Aargauer Zeitung» vom 2. Oktober 2017, S. 15.

Jonas eine Diskriminierung aufgrund der Religion, Ethnie oder Kultur gemacht.»²³

4. Das Skandalmanagement

Frickers Skandalmanagement war ausgesprochen schlecht und – kombiniert mit dem fehlenden Rückhalt in der Partei – ausschlaggebend für seinen Rücktritt. Zwar entschuldigte sich der 40-Jährige auf Glättlis Drängen hin schon wenige Minuten nach seiner Aussage am Rednerpult im Nationalratssaal. Doch trug er seine Entschuldigung mit einem seltsam anmutenden Lächeln vor und schloss mit den anmassenden Worten: «Danke, dass Sie meine Entschuldigung annehmen.» Man hatte nicht den Eindruck, Fricker sei sich der Tragweite seines Fehlers bewusst.

Dies änderte sich auch im Verlauf des Nachmittags nicht. Fricker wurde von seiner Partei allerdings auch sträflich alleine gelassen. Stundenlang weilte er in Sitzungen, von denen er zwingend dispensiert gehört hätte. Als ich in meiner Funktion als Bundeshausredaktor der «Südostschweiz» und der «Nordwestschweiz» gegen 17 Uhr mit ihm telefonierte, war er nicht auf dem Laufenden: Er hatte die Skandalisierung, die auf Onlineportalen und in den sozialen Medien längst angelaufen war und an der sich Nationalräte genauso beteiligten wie das Führungspersonal seiner eigenen Partei, schlicht verpasst – die Affäre war für ihn abgeschlossen mit seiner Entschuldigung und der Tatsache, dass jüdische Vereinigungen diese annahmen. Er irrte sich.

Für die meisten Medienschaffenden war Fricker weder am Donnerstag noch am Freitag oder Samstag erreichbar – aus Zeitgründen gab er am Tag seiner Rede nur der «Nordwestschweiz» ein Interview, danach tauchte er ab. So gab er die Deutungshoheit vollständig aus den Händen. Besser wäre es gewesen, Fricker hätte sich immer und immer wieder und auf allen Kanälen entschuldigt. Idealerweise verbunden mit einer medial inszenierbaren Geste: So hätte er sich gemeinsam mit Jonathan Kreutner fotografieren und interviewen lassen können.

²³ Bühler, Dennis & Kramer, Pirmin & Rupf, Martin: «Grünen-Nationalrat redet sich um Kopf und Kragen». In: Aargauer Zeitung vom 29. September 2017, S. 2.

Der Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes wäre hierzu bestimmt bereit gewesen, nahm er Frickers persönlich übermittelte Entschuldigung doch ohne Umschweife an und liess ausrichten: «Für uns ist die Angelegenheit erledigt, wir bleiben mit Fricker im Gespräch.» Allenfalls hätte der Skandalisierte auch bei nächstbesten Gelegenheit von Journalisten und Fotografen begleitet nach Israel fliegen können, um in Jerusalem das Mahnmal Yad Vashem zu besuchen. Jedenfalls hätte er sein Bekenntnis, den Holocaust nicht zu verharmlosen, besser belegen müssen.

Fast hätte es Fricker nicht geschafft, sein einziges Interview (mit der «Nordwestschweiz») bis zum Redaktionsschluss gegenzulesen: Er müsse seine Kinder in der Kita abholen, hatte er am Telefon gesagt. Als die gesetzte Frist längst verstrichen war und ich ihn endlich wieder am Apparat hatte, weinte eines seiner Kinder im Hintergrund lauthals. Erschwerend kam hinzu, dass Fricker all seine Korrekturen auf dem Handy eintippen musste, weil er seinen Computer in Bern gelassen hatte, wo er am nächsten Tag eigentlich noch an den Schlussabstimmungen des Nationalrates hätte teilnehmen wollen. Kurzum: Der 40-Jährige war völlig unorganisiert. Eine professionell geführte Partei hätte den verhältnismässig unerfahrenen Politiker im Skandalmanagement unterstützt, hätte ihm auf Medienarbeit spezialisiertes Personal zur Seite gestellt, hätte für die Betreuung seiner drei Kinder gesorgt. Die Grünen aber sind keine professionell geführte Partei. Kein Wunder, liebäugelte Fricker laut «Sonntags-Blick» mit einem Parteiwechsel, bevor er sich zum Rücktritt entschied.

5. Das Fazit

Skandalberichterstattung kann sowohl funktional als auch dysfunktional sein: Im positiven Fall ist sie gesellschaftlich hochrelevant, weil mit ihr auf Missstände aufmerksam gemacht und ein Wertediskurs in Gang gebracht werden kann; im negativen Fall führt sie – zusätzlich zu finanziellen, psychischen oder reputationsbezogenen Schäden für den Skandalisierten – zu einem Vertrauensverlust in die Arbeit von Medien, Politik und anderer gesellschaftlicher Bereiche. Wie ist die «Affäre Fricker» zu bewerten?

Positiv wirkt sich der Fall aus, wenn er hilft, das kollektive Verdrängen und Vergessen des Holocausts aufzuhalten – die Erinnerung an das abscheulichste in der Menschheitsgeschichte verübte Unrecht muss lebendig bleiben. Positiv wäre auch, wenn Medien und Öffentlichkeit in Zukunft grundsätzlich genauer hinhörten, was Politiker so von sich geben. Wenn sie es beispielsweise SVP-Patron Christoph Blocher nicht mehr durchliessen, wenn er wie im April 2016 in einem Interview sagt, der Kampf «vonseiten der Staatsmedien und von ‚Blick‘ bis zur NZZ» habe ihn «in ihrer Radikalität an die Methoden der Nationalsozialisten den Juden gegenüber erinnert»²⁴. Oder wenn sie nicht über einen Tweet des Walliser SVP-Nationalrats Jean-Luc Addor hinwegsähen, der nach einem Tötungsdelikt in einer St. Galler Moschee allen Ernstes forderte, er wolle mehr davon.

Negativ zu bewerten ist die «Affäre Fricker», wenn Politiker und Parteien keine Schlüsse aus ihr ziehen. Wenn sie sich nicht professionell vorbereiten, um bei der nächsten Skandalisierung besser zu reagieren. Bedenklich wäre zudem, sollten ehrliches Bedauern und ernst gemeinte Entschuldigungen künftig keinen Wert mehr haben. Auch Politiker machen Fehler, auch sie sind Menschen. Eine Gesellschaft muss vergeben können. Verliert sie diese Fähigkeit, wird die Bereitschaft sinken, exponierte Ämter zu übernehmen.

Für ein eindeutiges Fazit ist es noch zu früh.

* Der Verfassende ist Bundeshausredaktor der «Südostschweiz» und der «Nordwestschweiz» / «Aargauer Zeitung». Er war am Skandalisierungsprozess im hier diskutierten «Fall Fricker» beteiligt: Am Tag der skandalisierten Äusserungen führte er ein telefonisches Interview mit dem Skandalisierten und schrieb gemeinsam mit den Kollegen Pirmin Kramer und Martin Rupf einen Frontaufmacher sowie einen Artikel mit Reaktionen. Die drei Texte erschienen am 29. September 2017 in der «Nordwestschweiz». Bis zum Abdruck dieser Analyse in gekürzter Form in der Ausgabe vom 6. Oktober 2017 schrieb Bühler danach nicht mehr über die Affäre. Trotzdem handelt es sich vorliegend um eine Analyse aus teilnehmender Perspektive, weshalb die Ergebnisse mit gebotener Vorsicht zu werten sind.

²⁴ Geiger, Benjamin & Dietz-Saluz, Christian: «Jetzt braucht es den bürgerlichen Schulterschluss». In: «Zürichsee-Zeitung» vom 16. April 2016, S. 6.